

AStA Universität Trier; Referat für Antirassismus und Antifaschismus;
Universitätsring 12 b; 54296 Trier



Thesenpapier: **Zum Umgang mit der AfD**

Das AStA-Referat für Politische Bildung hat den AfD-Bundestagswahlkandidaten Erwin Ludwig im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Auf einen Wein mit...“ eingeladen. Diese Entscheidung wurde vorher nicht im gesamten AStA diskutiert. Dabei hätte man durchaus eine fruchtbare und kontroverse Diskussion über den Umgang mit der AfD führen können. Nachholend stellen wir deshalb einige Thesen zur Diskussion:

1. **Die Einladung der AfD ist eine politische Entscheidung, eine Nichteinladung wäre es auch.** Anders als der Staat und dessen Verwaltung ist der AStA an kein Neutralitätsgebot gebunden. Als politische Organisation handelt der AStA nach eigenen politischen Überzeugungen. Das Referat für Politische Bildung hat entschieden, die AfD einzuladen.
2. **Die Einladung der AfD kommt ihrer Strategie zugute, eine Nichteinladung allerdings auch.** Immer wieder preschen AfD-VertreterInnen mit antidemokratischen Vorschlägen in die Öffentlichkeit: Beatrix von Storchs Erwägung eines Schießbefehls auf Flüchtlinge, der Versuch, Geschlechterverhältnisse zu naturalisieren und Frauen den Subjektstatus abzuspochen oder die Forderung, das Territorialprinzip zu Gunsten einer völkischen Bluts- und Abstammungsgesellschaft abzuschaffen gehören dazu. Aktiv richtet sich die AfD gegen die Freiheit und Gleichheit, wenn sie – wie z.B. in Baden-Württemberg – durch eine Anfrage im Parlament die Anzahl der Homosexuellen erfassen möchte. Die AfD möchte somit Sagbarkeitsgrenzen verschieben und das konservative Milieu radikalisieren; sie versucht, sich im demokratischen Pluralismus zu verankern und so langfristig eine rechte Hegemonie zu erreichen. Eine Einladung durch den AStA ist dieser Strategie zuträglich. Andererseits nährt die Nichteinladung und Ausgrenzung von AfD-Vertretern das eigene Opfer-Narrativ, wonach die AfD von der politischen Klasse zum Schweigen gebracht werde. In diesem Spannungsfeld bewegt sich jeder Antipopulismus.
3. **Antidemokraten begegnet man nicht mit Toleranz und Pluralismus.** Völkische Homogenität im Inneren und ethnische Separation im Äußeren sind die Ziele der AfD. Dabei inszeniert sich die Partei als Vollstrecker eines Volksempfindens, das auf einem einfachem Freund-Feind-Denken basiert und – in Anlehnung an Carl Schmitt – bloß noch erfühlt und

AStA Universität Trier
Referat für Antirassismus und Antifaschismus
Universitätsring 12b
54296 Trier

Tel: 0651 - 201 - 3574
astaanti@uni-trier.de
www.asta-trier.de/anti

Trier, 27. Juli 2017

A S t A U n i v e r s i t ä t T r i e r

Referat für Antirassismus und Antifaschismus

von der politischen Führung umgesetzt werden müsste. Damit stellt sich die AfD gegen jede parlamentarische Vermittlung, die das Gemeinwohl im demokratisch-pluralistischen Prozess von repräsentativen Mehrheiten aushandelt. Zum demokratischen Grundkonsens zählen der politische und gesellschaftliche Pluralismus. Mit ihren Homogenitätsphantasien (völkisches Staatsbürgerverständnis, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus) stellt sich die AfD gegen die Gleichheit und Freiheit der Menschen. Der AfD gegenüber tolerant zu sein, heißt Gleichheit und Freiheit zu verraten.

4. Als politische Organisation hat sich der AStA in seinen Leitlinien gegen jegliche Diskriminierung „aufgrund von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexueller Identität oder psychischen und physischen Beeinträchtigungen“¹ positioniert. **Wer sich gegen diese Prinzipien stellt, sollte auch bei AStA-Veranstaltungen keine Bühne geboten bekommen.** Ganz bewusst grenzen wir uns als gesamter AStA gegenüber bestimmten politischen Positionen ab. Als Referat für Antirassismus und Antifaschismus möchten wir den Prozess politischer Willensbildung entlang der humanistischen Werte von Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität weiter vorantreiben: Für ein angstfreies Miteinander, gegen den Rechtsruck und den sich ausbreitenden Islamismus.
5. **Moralisierung unterdrückt den politischen Diskurs.** Die AfD zu dämonisieren und ihre Positionen auf moralisch bedenkliche Aspekte zu reduzieren, ist einer demokratischen Auseinandersetzung nicht dienlich. Wo sich „Gutmenschen“ und „Wutbürger“ zankend und scheidend gegenüber stehen, verliert der öffentliche Diskurs. Das Sprengen von Veranstaltungen, weil man die AfD für die Wiedergänger der NSDAP hält, ersetzt keine politische Willensbildung. Die Herausforderung für Antipopulisten besteht darin, die AfD konkret für das zu kritisieren, was sie vertritt.
6. **Wir sehen die Aufgabe der politischer Bildung darin, der Freiheit und Gleichheit der Menschen durch Argumentation Geltung zu verschaffen.** In der Einladung rechter Agitatoren sehen wir aber kaum Potential, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Demokratische Werte und Überzeugungen müssen sich im Diskurs durchsetzen, um die Grundlage des Zusammenlebens dauerhaft zu erhalten. Das erreicht man, indem man Demokratie erlebbar macht, Antidemokraten kritisiert und auch indem man – rhetorisch und inhaltlich geschult – mit den AnhängerInnen der AfD diskutiert. Politische Bildung sollte zur Mündigkeit erziehen und die Fähigkeiten vermitteln, Antidemokraten entgegen treten zu können.

1 Leitlinien siehe: <http://neu.asta-trier.de/wp-content/uploads/2017/02/Leitlinien-2017.pdf>.